

Konflikte um Land stehen im Zentrum des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. In der Umsetzung des Friedensabkommens macht die umfassende Landreform (Reforma Rural Integral) jedoch kaum Fortschritte. Die Regierung muss die Implementierung der Landreform stärker vorantreiben, um die erneute Ausbreitung des Konflikts zu bremsen.

Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, deren Schäden und die extrem ungleiche Verteilung der Profite haben für weite Teile der kolumbianischen Bevölkerung zu Hunger, Gewalt und Vertreibung geführt. **Mindestens 8,3 Millionen Menschen gelten als Binnenvertriebene<sup>1</sup>**, zwei Drittel davon stammen aus ländlichen Gebieten. Durch ihre Flucht wurden geschätzte **8,3 Millionen Hektar Land gewaltsam umverteilt**. Die hohe Landkonzentration, wonach **13 % der Landeigentümer\*innen (hauptsächlich Großgrundbesitzer\*innen) im Besitz von 77 % des Bodens sind**, sowie die Ausbreitung der Agrarindustrie und anderer extraktivistischer Projekte, verschärfen diese Situation.<sup>2</sup> Zu den Profiteur\*innen der Vertreibungen gehören häufig ausländische Investor\*innen. Besonders betroffen ist die ländliche Bevölkerung, darunter vor allem indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften.<sup>3</sup> Um einen stabilen und dauerhaften Frieden zu schaffen, ist die umfassende Umsetzung der Landreform, die die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt, essenziell. Als enormes Hindernis erweisen sich jedoch die Drohungen und Morde an Menschenrechtsverteidiger\*innen. **Mit insgesamt 65 Tötungsdelikten hatte Kolumbien 2020 die weltweit höchste Mordrate an Land- und Umweltrechtsaktivist\*innen.<sup>4</sup>**

*(Vgl. dazu ausführlicher Factsheet Menschenrechtsverteidiger\*innen)*



© kolkol e.V.

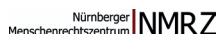
### Zugang, Nutzung und Rückgabe von Land

Die umfassende Landreform ist das erste von sechs Kapiteln des Friedensabkommens von 2016 und beinhaltet eine strukturelle Umgestaltung sowie umfassende Entwicklung des ländlichen Raums mit dem Ziel einer angemessenen Landnutzung.<sup>5</sup> Trotz ihrer Bedeutung für den Frieden hat die Landreform den geringsten Umsetzungsgrad, vollständig umgesetzt wurden bis Dezember 2021 nur knapp 4 % der Reformen.<sup>6</sup> Ursächlich ist der fehlende Wille der Regierung und die damit verbundene unzureichende Bereitstellung finanzieller Mittel.<sup>7</sup>

Unter anderem sieht das Friedensabkommen die Einrichtung eines Landfonds vor, welcher bis 2028 drei Millionen Hektar Land zur kostenlosen Verteilung bereitstellen soll. Allerdings befinden sich erst etwas mehr als eine Million Hektar in dem Fonds, von denen bisher lediglich circa 4.000 Hektar an landlose oder landarme Kleinbäuer\*innen vergeben wurden.<sup>8</sup> Darüber hinaus beabsichtigt das Friedensabkommen die Formalisierung von Titeln für 7 Millionen Hektar Land, deren Besitzer\*innen noch keine formellen Titel haben. Jedoch hat diese Formalisierung bislang nur 30 % des jährlichen Ziels erreicht. Auch Kapitel 5 des Friedensabkommens über Entschädigung der Opfer thematisiert die Landrückgabe. Ein Großteil der Anträge für Landrückgabe wurde jedoch entweder abgelehnt oder noch nicht bearbeitet.<sup>9</sup> Auch wird die Aktualisierung des Mehrzweckkatasters zu schleppend umgesetzt. 2025 soll die Aktualisierung vollständig sein. Bis Ende 2021 haben nur 47 von 1.103 Gemeinden ihre Kataster aktualisiert.<sup>10</sup>

### Ländliche Entwicklungsprogramme mit territorialem Ansatz (PDET)

Mit den speziellen Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum mit einem territorialen Ansatz (spanische Abkürzung: PDET), sollen 16 Regionen



mit insgesamt 170 Gemeinden gefördert werden, die am stärksten vom bewaffneten Konflikt betroffen waren. Obwohl die PEDT als partizipative Instrumente konzipiert wurden, kritisieren soziale Organisationen schwerwiegende Einschränkungen bei der tatsächlichen Mitbestimmung der Gemeinden.<sup>11</sup> Problematisch ist auch die Überschneidung der PDET-Gebiete mit den ZEII, Zonas Estratégicas de Intervención Integral. Die ZEII sind Instrumente einer zentralisierten Sicherheitspolitik der Regierung, welche die Militärpräsenz verstärkt. Diese Überschneidung legt nahe, dass die Regierung - entgegen des Ansatzes der PDET- dort nicht soziale Entwicklung priorisiert, sondern eine militärische Strategie zur Erlangung territorialer Kontrolle anstrebt.

## Kleinbäuerliche Schutzzonen (Zonas de Reserva Campesina, ZRC)

Der Friedensvertrag verpflichtet sich zur Schaffung kleinbäuerlicher Schutzzonen, wie im Gesetz 160/1994 vorgesehen. In diesen wird dem Landbesitz der ländlichen Gemeinschaften Vorrang eingeräumt, wodurch ihre Menschen- und Umweltrechte geschützt werden sollen. Nach fünf Jahren ist jedoch noch keine einzige neue kleinbäuerliche Schutzzone geschaffen worden.

## Recht auf Nahrung

Das Friedensabkommen sieht die Schaffung eines Systems zur schrittweisen Gewährleistung des Rechts auf Nahrung vor, das auf Ernährungssouveränität und der gerechten Verteilung

von Land beruht. Stattdessen hat die Regierung die „Allianz für Ernährungssicherheit“ (2018-2022) geschaffen, welche den Bestimmungen des Friedensabkommens sogar widerspricht. Fälschlicherweise wird die unzureichende Nutzung des Bodens als Ursache für die mangelnde Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln identifiziert und deshalb die Verbesserung der Bodenproduktivität als Lösung angeboten. Doch insbesondere die damit einhergehende Förderung der agroindustriellen Produktion kann zur Ausweitung und Verschärfung der Landkonflikte führen.<sup>12</sup>

## Programm zur Substitution des illegalen Drogenanbaus (PNIS)

Das Friedensabkommen sieht vor, den Anbau von Koka und weiterer illegaler Pflanzungen durch die Förderung des Anbaus alternativer Produkte zu reduzieren. Präsident Duque hat hingegen u.a. auf die gewaltsame Bekämpfung von Kokaanbau, auch durch Glyphosat-Besprühungen, gesetzt - trotz der Kritik von sieben Sonderberichterstatter\*innen der Vereinten Nationen, die auf die negativen Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt hingewiesen haben.<sup>13</sup> Als Folge der Besprühungen weichen Kleinbäuer\*innen auf andere Gebiete aus, was die illegale Abholzung fördert. Viele andere sind mangels alternativer Einkommensquellen zum Kokaanbau zurückgekehrt.<sup>14</sup>

1. UNHCR 2020: Tendencias globales. Desplazamiento forzado en 2020. <https://www.acnur.org/60cbddfd4.pdf>

2. Quiroga N. 2018: La Reforma Rural Integral en el Acuerdo de Paz colombiano. [https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/nicolas\\_quiroga/](https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/nicolas_quiroga/)

3. s. Quiroga N. 2018.

4. Global Witness, 2020.

<https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/last-line-defence/>

5. Kroc 2021: Five Years of Peace Agreement Implementation in Colombia. <https://curate.nd.edu/show/0c483j36025>

6. s. Kroc 2021: Five Years of Peace Agreement Implementation in Colombia.

7. Oidhaco 2021: Assessment of the implementation of point 1 of the Peace Agreement Comprehensive Rural Reform. <https://www.oidhaco.org/wp-content/uploads/2021/10/EN-ficha-1.pdf>

8. ask! Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien 2021: Agrarreform - wo steht die Umsetzung wirklich? <https://www.askonline.ch/feature/agrarreform-wo-steht-die-umsetzung-wirklich>

9. s. ask! Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien 2021.

10. s. ask! Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien 2021.

11. La Vía Campesina 2020: Colombia: Reforma rural integral - ¡Solo se ha completado el 4%!

12. FIAN Colombia: Un país que se muere en el hambre. Cuarto Informe sobre el Derecho Humano a la Alimentación y la Nutrición en Colombia 2021. <https://fiancolombia.org/2022/01/31/colombia-un-pais-que-se-hunde-en-el-hambre/>

13. Brief von 7 UN-Sonderberichterstatter\*innen.

<https://www.dejusticia.org/wp-content/uploads/2021/03/Carta-relatores.pdf>

14. France 24, November 2021. <https://www.france24.com/es/am%C3%A9rica-latina/20211121-colombia-conflicto-plantaciones-coca-paz>

## Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestags:

sich gegenüber der kolumbianischen Regierung nachdrücklich für die Umsetzung der umfassenden Landreform gemäß Kapitel 1 des Friedensvertrags einzusetzen;

gegenüber der Regierung Kolumbiens darauf zu drängen, dass sie die Agrar- und Ernährungspolitik im Einklang mit den Beschlüssen des Friedensvertrags ausgestaltet;

dafür zu sorgen, dass alle entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie Maßnahmen der Exportförderung auf mögliche negative Auswirkungen für Menschenrechte, ländliche Entwicklung und Umwelt geprüft werden;

gegenüber der kolumbianischen Regierung auf einen wirksameren Schutz von Landrechts- und Umweltaktivist\*innen zu drängen;

die kolumbianische Regierung aufzufordern, die PDETs und die ZRCs vollständig und in Einklang mit dem Friedensabkommen umzusetzen.

